

Niederschrift

Stadtverordnetenversammlung 16.03.12, um 18:30 Uhr (23. Sitzung)

öffentlicher Teil

Festsaal des Rathauses, Ritter-Wulf-Platz 1, 21493 Schwarzenbek

Protokollverantwortliche/r: Birgit Rühl (Tel.: 881-139)

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:57 Uhr

Anwesende

Vertreterinnen und Vertreter des Gremiums

1. Beckmann, Karsten	Bürgervorsteher
2. Binder, Sigrid	Stadtverordnete
3. Böttel, Bernhard	Stadtverordneter
4. Delfs, Hans-Joachim	Stadtverordneter
5. Francke, Josefin	Stadtverordnete
6. Harms, Helge	Stadtverordneter
7. Heitmann, Jürgen	Stadtverordneter
8. Heyer-Borchelt, Susanne	Stadtverordnete
9. Hildebrandt, Bernhard	Stadtverordneter
10. Hilger, Nils	Stadtverordneter
11. Jennrich, Margret	Stadtverordnete
12. Jeschke, Willy	Stadtverordneter
13. Krispin, Herbert	Stadtverordneter
14. Moldenhauer, Gerhard	Stadtverordneter
15. Nüske, Klaus	Stadtverordneter
16. Schirmacher, Matthias	Stadtverordneter
17. Siepert, Egon	Stadtverordneter
18. Stolze, Helmut	Stadtverordneter
19. Wladow, Heike	Stadtverordnete

Es fehlen

20. Kranacher, Jörn	Stadtverordneter
21. Schröder, Eberhard	Stadtverordneter
22. Thiel, Wolfgang	Stadtverordneter
23. Wähling, Ursula	Stadtverordnete

Von der Verwaltung

1. Borchers-Seelig, Ute	Fachbereich 4
2. Hinzmann, Ralf	Fachbereich 3
3. Ruppert, Frank	Bürgermeister
4. Warmer, Björn	Fachbereich 2
5. Rühl, Birgit	Protokoll

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
4. Genehmigung der Tagesordnung und Antragstellung auf nichtöffentliche Sitzungsteile
5. Beratung zu Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 10.02.2012
6. Mitteilungen des Bürgervorstehers
7. Bericht über den Durchführungsstand von Beschlüssen und Mitteilungen des Bürgermeisters
8. Haushaltskonsolidierung – Grundsatzbeschluss
9. Straßenausbaubeitragssatzung
10. Anträge
- 10.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2012 betr.: Schulische Angelegenheiten
11. Anfragen

Tagesordnung nicht öffentlich

12. Vertragsangelegenheiten: Städtebaulicher Vertrag für den Bebauungsplan 58

Sitzungsverlauf

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

1. Eröffnung der Sitzung

Der Bürgervorsteher eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung fest und informiert über die Aufzeichnung der Sitzung durch Tonbandaufnahme.

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

2. Einwohnerfragestunde

Schriftliche Anfragen von Herrn Heiner Wilhelmi betr.: Schule, Jugendtreff, Markt 6-8, Kita usw.

Herr Warmer verliest die Anfragen von Herrn Wilhelmi, die Beantwortung wird schriftlich erfolgen.

Mündliche Anfrage von Herrn Jörg Scheele betr.: Seniorenbeirat

Herr Scheele fragt an, wie die Haltung der Fraktionen zum Thema Demokratie- und Gleichheitsverständnis bezüglich des Kinder- und Jugendbeirates einerseits und des Seniorenbeirates andererseits ist. Weiterhin fragt er, wie lange dieses Thema noch verschleppt werden soll und ob die beantragte Anerkennung des Seniorenbeirates nur noch von finanziellen Argumenten abhängig ist.

Herr Hildebrandt antwortet, dass die FDP-Fraktion es für erforderlich hält, einen entsprechend autorisierten Seniorenbeirat zu bilden.

Herr Delfs antwortet, dass die Aussage von Herrn Moldenhauer zum Seniorenbeirat falsch verstanden wurde. Er weist auf die anwesenden Senioren als Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung hin und merkt an, dass diese sich in der Politik auch für Senioren einsetzen. Herr Delfs merkt weiterhin

an, dass in den Ausschüssen darüber beraten werden wird, welche und wie viele Beiräte zugelassen werden sollen.

Herr Schirmacher antwortet, dass im Haupt- und Planungsausschuss über das Thema Beiräte beraten werden soll. Er weist darauf hin, dass es einen Seniorenbeirat gibt.

Mündliche Anfrage von Herrn Jörg Scheele betr.: Neutralität des Bürgermeisters

Herr Scheele fragt an, wie das Verständnis des Bürgermeisters von angemessener Neutralität und Gleichbehandlung mit der offiziellen Veröffentlichung im „Gelben Blatt“ vereinbar ist, wonach Schwarzenbek keinen Seniorenbeirat braucht. Weiterhin merkt Herr Scheele an, dass der Aufruf zur Online-Abstimmung extrem kurzfristig ist, so dass zur entscheidenden Sitzung kaum verlässliche Informationen vorliegen dürften. Er fragt dazu, wie verlässlich eine Abstimmung ist, bei der nicht nachvollziehbar ist, wer sich daran beteiligt hat.

Herr Ruppert antwortet, dass er sich in seiner Kolumne auf eine Aussage im Antrag des Seniorenbeirates bezogen hat. Hiernach war eines der Argumente für die Einrichtung eines Seniorenbeirates, dass die Menschen immer älter werden und bereits dreißig Prozent der Bevölkerung über sechzig Jahre alt sind und einer entsprechenden Vertretung in der Politik bedürfen.

Herr Ruppert führt dazu aus, dass er dieses Argument in der Kolumne als nicht stichhaltig bewertet und dies mit dem Hinweis begründet hat, dass über 60 Prozent der Stadtverordneten über 60 Jahre alt sind. Er ergänzt weiterhin dazu, dass er bewusst darauf hingewiesen hat, dass seine Aussage eine Zuspitzung und Provokation ist.

Zu der Aussage, dass der Aufruf zur Online-Abstimmung sehr kurzfristig erfolgt ist, antwortet Herr Ruppert, dass er dem Seniorenbeirat recht gibt. Er erläutert, dass die Online-Abstimmung verlängert werden könnte. Außerdem weist er darauf hin, dass das Ergebnis nicht als Entscheidungshilfe genommen werden muss und er sich eine hohe Bürgerbeteiligung für diese Entscheidung wünscht.

Mündliche Anfrage von Herrn Klaus Kamm betr.: Baugebiet Rülau

Herr Kamm fragt an, welche Straßen von dem Baugebiet betroffen wären. Weiterhin fragt er an, ob die Waldstraße eine private Straße oder eine Kreisstraße ist und ob es sich bei einer Kreisstraße, um eine Durchgangs- oder eine Anliegerstraße handelt.

Herr Delfs antwortet, dass für den Bebauungsplan keine Priorität besteht. Er ist im Haupt- und Planungsausschuss ins Gespräch gekommen, als über neue Bebauungsflächen nachgedacht wurde.

Herr Siefert antwortet, dass sich die SPD-Fraktion auf ihrer letzten Sitzung mit dem Thema befasst hat. Die Fraktion verfolgt keine Bebauung der „Küsterkoppel“.

Herr Beckmann erläutert zusammenfassend, dass zurzeit keine Bebauung der „Küsterkoppel“ geplant ist.

Mündliche Anfrage von Herrn Eugen Prinz betr.: Einwohnerversammlung

Herr Prinz fragt nach den Themen für die Einwohnerversammlung. Außerdem weist er darauf hin, dass bis jetzt keine Bekanntmachung des Termins der Einwohnerversammlung erfolgt ist.

Herr Warmer antwortet, dass ein Thema der Einwohnerversammlung die Haushaltskonsolidierung sein wird.

Herr Prinz schlägt als Themen für die Einwohnerversammlung vor:
Ergebnis der Ausschreibung für Markt 6 und 8, Leerstandsmanagement, ETC Handelszentrum, Zigarettenfabrik

Mündliche Anfrage von Herrn Eugen Prinz betr.: Haushaltskonsolidierung

Herr Prinz fragt an, wie die Stadt die nötigen 600.000,- € einsparen will.

Herr Ruppert antwortet, dass die Vorschläge für die Einsparungen zur Haushaltskonsolidierung veröffentlicht werden. Er weist darauf hin, dass es zu früh sei, um hier schon etwas zu sagen.

Mündliche Anfrage von Herrn Eugen Prinz betr.: Rüge 2009

Herr Prinz fragt nach der Berichterstattung über die Rüge aus dem Jahr 2009.

Herr Ruppert sichert Herrn Prinz eine Zusendung der Berichterstattung zu.

Mündliche Anfrage von Herrn Eugen Prinz betr.: Essen in der Schule

Herr Prinz fragt nach den Ergebnissen des Gespräches mit dem Caterer „Menütaxi“.

Herr Ruppert erläutert, dass in dem „Spiegel“ Bericht darauf hingewiesen wird, dass mindestens 4-5 € pro Mahlzeit aufgewendet werden müssten. Fazit ist, dass die Qualität des Essens verbessert werden könnte, aber das kostet mehr Geld. Dieses wäre jedoch vermutlich nicht durchzusetzen beim Schulträger sowie bei den Eltern.

Herr Ruppert berichtet, dass bei dem Gespräch mit dem Caterer Anregungen der Schüler und Schülerinnen angesprochen wurden. Er ist der Meinung, dass sich die Qualität durch die Annahme dieser Anregungen verbessern wird.

Herr Hilger und Herr Schirmacher verlassen von 19:00 bis 19:12 Uhr den Saal.

Mündliche Anfrage von Herrn Eugen Prinz betr.: Bezuschussung des Caterers

Herr Prinz fragt an, ob weiterhin ein Zuschuss an den Caterer für das Essen gezahlt wird.

Herr Ruppert antwortet, dass es keine weitere Bezuschussung des Caterers durch die Stadt geben wird.

Mündliche Anfrage von Kirsten Niemann betr.: Antrag der CDU-Fraktion

Frau Niemann vom Schulleiterbeirat der Grund- und Gemeinschaftsschule fragt Herrn Delfs, warum der Antrag der CDU-Fraktion zur Trennung der Grund- und Gemeinschaftsschule nicht zurückgezogen wurde.

Herr Delfs weist auf die Abstimmung unter dem Tagesordnungspunkt 10 hin.

Mündliche Anfrage von Claudia Lampe betr.: Antrag der CDU-Fraktion

Frau Lampe vom Schulleiterbeirat der Grund- und Gemeinschaftsschule fragt an, in welche Gremien der Antrag der CDU-Fraktion verwiesen werden soll und wie die Trennung der Grund- und Gemeinschaftsschule zur Haushaltskonsolidierung beitragen kann.

Herr Delfs verweist erneut auf die Abstimmung unter dem Tagesordnungspunkt 10.

Frau Lampe fragt daraufhin, ob nach der Behandlung des Tagesordnungspunktes 10 erneut eine Einwohnerfragestunde eingerichtet wird, um eventuelle Fragen stellen zu können.

Herr Warmer antwortet, dass eine Verweisung in den fachlich zuständigen Ausschuss erfolgen kann, welches in diesem Fall der Sozial- und Kulturausschuss wäre, wo im Rahmen der Einwohnerfragestunde bestehende Fragen gestellt werden können.

Frau Lampe fragt nach, ob der Finanzausschuss für den Antrag zuständig ist.

Herr Warmer antwortet, dass die Beratungen zunächst im Sozial- und Kulturausschuss erfolgen werden und die Möglichkeit besteht, dass sich der Finanzausschuss und auch die Stadtverordnetenversammlung mit dem Antrag weiterführend befassen werden.

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

3. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Der Bürgervorsteher stellt fest, dass 19 Stadtverordnete anwesend sind. Entschuldigt fehlen die Stadtverordneten Jörn Kranacher, Eberhard Schröder, Wolfgang Thiel und die Stadtverordnete Ursula Wähling. Die Stadtverordnetenversammlung ist damit beschlussfähig.

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

4. Genehmigung der Tagesordnung und Antragstellung auf nichtöffentliche Sitzungsteile

Es werden keine Änderungen vorgebracht, die Tagesordnung gilt damit als genehmigt.

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

5. Beratung zu Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 10.02.2012

Einwendungen werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

6. Mitteilungen des Bürgervorstehers

Der Bürgervorsteher teilt mit, dass am 20.03.2012, um 18:00 Uhr die Sportlerehrung im Festsaal des Rathauses stattfinden wird. Weiterhin berichtet er über die Feierlichkeit am 11.03.2012 zum 25 jährigen Jubiläum des Tanzsportvereins Schwarzenbek.

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

7. Bericht über den Durchführungsstand von Beschlüssen und Mitteilungen des Bürgermeisters

Das letzte Abstimmungsgespräch zur Richtlinie für die Haushaltskonsolidierung fand am 12.03.2012 statt.

Inhalt

- redaktionelle Änderungen
- keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen
- keine Änderung hinsichtlich der Steuersätze und Sanktionsregelungen

- aber:
- Einbeziehung des gesamten Jahres 2011 mit 50 %
 - Basis für die Berechnung des Einnahmeeffektes durch die Hebesatzerhöhung ist der Durchschnitt mehrerer (5) Jahre
 - eine Änderung des § 16 oder § 16 a FAG sowie eine Änderung der Richtlinie berechtigen die Vertragspartner, eine Anpassung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zu verlangen

Die Veröffentlichung der Richtlinie zur Haushaltskonsolidierung wird am 26.03.2012 erfolgen, sie tritt dann rückwirkend zum 01.01 2012 in Kraft.

Der Bürgermeister berichtet weiterhin über die Regionalkonferenz am 15.03.2012 in Ratzeburg zum Thema „Rechtsextremismus“. Bei dieser Veranstaltung waren der Innenminister des Landes und eine Vielzahl an Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen vertreten. Es wurde sich über eine stärkere Vernetzung zum Thema „Rechtsextremismus“ verständigt. Außerdem wurde über die mögliche Einrichtung eines Regionalzentrums für Demokratische Kultur gesprochen.

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

8. Haushaltskonsolidierung - Grundsatzbeschluss

Herr Delfs bringt als Vorsitzender des Haupt- und Planungsausschusses die Vorlage ein und bittet um Zustimmung.

Herr Harms gibt für die SPD-Fraktion eine zustimmende Stellungnahme zur Vorlage ab.

Herr Heitmann gibt für die FWS-Fraktion eine ablehnende Stellungnahme zur Vorlage ab und bringt folgenden Änderungsantrag ein:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, Vorbereitungen zur möglichen Konsolidierungshilfe zu treffen.

Der Bürgermeister wird beauftragt:

- bis zum 15.04.2012 mit dem Innenministerium zur Vorbereitung eines öffentlich-rechtlichen Vertrages in Verhandlungen einzutreten.
- bis zum 15.10.2012 ein den Richtlinien des Gesetzes genügendes Haushaltskonsolidierungskonzept zu erarbeiten, der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen und das Konzept beim Innenministerium vorzulegen.

Herr Stolze gibt für die FDP-Fraktion eine ablehnende Stellungnahme zur Vorlage ab und beantragt folgende Änderung des Beschlussvorschlages:

„Die Konsolidierungshilfe ist nach dem Konsolidierungsgesetz zu beantragen.“

Weiterhin beantragt er die namentliche Abstimmung.

Herr Schirmacher gibt für die Grüne-Fraktion eine zustimmende Stellungnahme zur Vorlage ab.

Herr Siepert gibt für die SPD-Fraktion jeweils eine zustimmende Stellungnahme zur Vorlage und eine ablehnende Stellungnahme zu den Anträgen der FWS- und FDP-Fraktion ab.

Frau Wladow gibt für die CDU-Fraktion eine zustimmende Stellungnahme zur Vorlage ab.

Frau Heyer-Borchelt beantragt für die SPD-Fraktion den ersten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen.

Frau Francke gibt für die SPD-Fraktion eine zustimmende Stellungnahme zur Vorlage ab.

Herr Warmer erläutert, dass der erste Satz gestrichen werden kann.

Herr Stolze zieht damit den Antrag der FDP-Fraktion zurück.

Frau Francke und Herr Siepert verlassen von 20:05 bis 20:08 Uhr den Saal.

Herr Delfs gibt für die CDU-Fraktion eine zustimmende Stellungnahme zum geänderten Beschlussvorschlag ab.

Frau Wladow verlässt von 20:15 bis 20:20 Uhr den Saal.

Herr Böttel gibt für die FWS-Fraktion eine ablehnende Stellungnahme zur Vorlage ab.

Herr Schirmacher beantragt eine Unterbrechung der Sitzung, um die Möglichkeit der Streichung des ersten Satzes zu prüfen.

Herr Ruppert erklärt, dass keine Unterbrechung der Sitzung erfolgen muss. Der erste Satz wird nicht gestrichen, sondern um die Formulierung „nehmen zu wollen“ ergänzt.

Frau Francke beantragt die Schließung der Rednerliste.

Frau Heyer-Borchelt beantragt, den ersten Satz des Beschlussvorschlages wie folgt zu ändern.

„Die Stadt Schwarzenbek möchte die Konsolidierungshilfe in Anspruch nehmen.“

Die FWS-Fraktion zieht ihren Antrag zurück und schließt sich dem Antrag FDP-Fraktion an.

Frau Heyer-Borchelt zieht ihren Antrag zurück.

Der Vorsitzende lässt zuerst über die geänderte Vorlage als weitergehenden Antrag namentlich abstimmen.

Lfd. Nr.	Name	Ja-Stimme	Nein-Stimme	Enthaltung
1.	Beckmann, Karsten	x		
2.	Binder, Sigrid	x		
3.	Böttel, Bernhard		x	
4.	Delfs, Hans-Joachim	x		
5.	Francke, Josefin	x		
6.	Harms, Helge	x		
7.	Heitmann, Jürgen		x	
8.	Heyer-Borchelt, Susanne	x		
9.	Hildebrandt, Bernhard		x	
10.	Hilger, Nils	x		
11.	Jennrich, Margret		x	
12.	Jeschke, Willy	x		
13.	Kranacher, Jörn	/	/	/
14.	Krispin, Herbert	x		
15.	Moldenhauer, Gerhard	x		
16.	Nüske, Klaus		x	
17.	Schirmacher, Matthias	x		
18.	Schröder, Eberhard	/	/	/
19.	Siepert, Egon	x		
20.	Stolze, Helmut		x	
21.	Thiel, Wolfgang	/	/	/
22.	Wähling, Ursula	/	/	/
23.	Wladow, Heike	x		

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Konsolidierungshilfe nach dem Konsolidierungsgesetz in Anspruch nehmen zu wollen.

Der Bürgermeister wird beauftragt

- bis zum **15.04.2012** einen Antrag auf Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages beim Innenminister zu stellen
- bis zum **15.10.2012** ein den Richtlinien des Gesetzes genügendes Haushaltskonsolidierungskonzept zu erarbeiten, der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen und das Konzept beim Innenministerium vorzulegen. Hierfür ist frühzeitig ein Austausch mit dem Innenministerium zu suchen, um bereits vor Beschlussfassung über das Konzept Einvernehmen über die Anforderungen

zu erzielen, die an den zu leistenden Eigenanteil der Stadt Schwarzenbek zu stellen sind. Der Fachdienst Rechnungs- und Gemeindeprüfung (Kreis Herzogtum Lauenburg) ist einzubeziehen und dessen Vorschläge und Anregungen in die Beratungen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis

Ja:	13 Stimmen
Nein:	6 Stimmen
Enthaltungen:	
Nicht teilgen.:	

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

9. Straßenausbaubeitragssatzung

Herr Warmer schlägt folgende Zusatz zum Beschluss vor: „Mit dem zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung zulässigen Höchstsatz.“

Herr Stolze fragt an, ob der Beschluss vom heutigen Abend zu diesem Thema rechtens ist. Er weist darauf hin, dass der Bauausschuss noch nicht abschließend dazu beraten und entschieden hat. Herr Stolze fragt, ob die Stadtverordnetenversammlung nach dem Votum des Finanzausschusses den Bauausschuss übergehen kann.

Herr Warmer antwortet, dass die Stadtverordnetenversammlung keine vorbereitenden Beratungen oder Ausschussbeschlüsse benötigt. Er erläutert, dass der Beschluss des Satzungsgebers, hier die Stadtverordnetenversammlung, maßgeblich ist.

Herr Stolze gibt für die FDP-Fraktion eine ablehnende Stellungnahme zur Vorlage ab.

Herr Böttel gibt für die FWS-Fraktion eine ablehnende Stellungnahme zur Vorlage ab.

Herr Siepert gibt für die SPD-Fraktion eine zustimmende Stellungnahme zur Vorlage ab.

Es besteht Einvernehmen, den Beschlussvorschlag um den Zusatz zu erweitern.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die in der Anlage beigefügte Satzung (Entwurf) über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, die Erneuerung und den Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Schwarzenbek (Straßenbaubeitragssatzung) mit dem zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung zulässigen Höchstsatz.

Abstimmungsergebnis

Ja:	11 Stimmen
Nein:	6 Stimmen
Enthaltungen:	2 Stimmen
Nicht teilgen.:	

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

10. Anträge

10.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2012 betr.: Schulische Angelegenheiten

Herr Delfs bringt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag ein, begründet ihn und bittet um Zustimmung:

Da die CDU Fraktion ihren Antrag,

„Aus der Grund- und Gemeinschaftsschule Schwarzenbek wird die Grundschule herausgelöst und eine organisatorische Verbindung mit der Grundschule Nordost hergestellt.
Daraus entsteht dann auf der Grundlage des § 60 SchulG eine Grundschule mit zwei Standorten unter der Leitung der Verbandsschule Nordost.“

als einen Beratungspunkt für einen angemessenen Konsolidierungsbeitrag einordnet, überweist sie diesen Antrag in die beteiligten Gremien für die Erarbeitung eines entsprechenden Konsolidierungskonzeptes.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird in die beteiligten Gremien für die Erarbeitung eines entsprechenden Konsolidierungskonzeptes überwiesen.

Abstimmungsergebnis

Ja: 15 Stimmen
Nein: 4 Stimmen
Enthaltungen:
Nicht teilgen.:

(Stadtverordnetenversammlung, 16. März 2012)

11. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt um 20:57 Uhr die öffentliche Sitzung.

Im Anschluss an den nichtöffentlichen Teil stellt der Vorsitzende um 21:04 Uhr die Öffentlichkeit zur Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse her.

(Stadtverordnetenversammlung, **nicht öffentlich**, 16. März 2012)

12. Vertragsangelegenheiten: Städtebaulicher Vertrag für den Bebauungsplan 58

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Dem Städtebaulichen Vertrag für den künftigen B-Plan 58 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja: 19 Stimmen Einstimmig
Nein:
Enthaltungen:
Nicht teilgen.:

Um 21:05 Uhr schließt der Vorsitzende die Sitzung.

Karsten Beckmann	Birgit Rühl
gez. 30.03.2012	gez. 29.03.2012
Vorsitzende/r	Protokollverantwortliche/r